

In der Coronakrise hat das politische Spitzenpersonal seine Vorliebe für die Volksgesundheit erkannt. Angela Merkel [beförderte](#) jüngst den Gesundheitsschutz der Bürger zu ihrer obersten politischen Leitlinie und Bundesfinanzminister Olaf Scholz [findet](#) es gar „zynisch“, auch nur darüber zu diskutieren, „dass gesundheitliche Fragen hintanstehen und wirtschaftliche Fragen vorangehen sollten“. Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Wenn Merkel, Scholz und Co. es mit ihrer neu entdeckten Begeisterung für den Gesundheitsschutz ernst nehmen, warten abseits von Corona zahlreiche weitere Betätigungsfelder für politische Lebensretter. Let´s go! Oder lieber doch nicht? Eine Polemik von **Jens Berger**.

*Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.*

[https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/200414\\_Den\\_Gesundheitsschutz\\_in\\_den\\_Mittelpunkt\\_stellen\\_NDS.mp3](https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/200414_Den_Gesundheitsschutz_in_den_Mittelpunkt_stellen_NDS.mp3)

Podcast: [Play in new window](#) | [Download](#)

Weltweit hat das neue Coronavirus bis heute 120.000 Todesfälle gefordert. Das entspricht in etwa der Zahl an Menschen, die alleine in Deutschland Jahr für Jahr an den Folgen des Tabakkonsums sterben. Fast jeder achte Todesfall ist hierzulande somit durch das Rauchen bedingt, auch wenn es hier - ähnlich wie bei Corona - Probleme bei der Definition gibt. So stirbt natürlich kein Mensch direkt „durch“ das Rauchen. Rauchen ist jedoch der Hauptrisikofaktor für zahlreiche Krebsleiden, Herz-Kreislaufkrankungen und chronische Erkrankungen der Atemwege und so strittig die Zuschreibung der Todesursache im Einzelfall sein mag, so unstrittig ist es, dass das Rauchen über die statistischen Feinheiten hinweg in den industrialisierten Gesellschaften die Todesursache Nummer Eins ist. Wenn der Gesundheitsschutz der Bürger nun tatsächlich oberste Priorität hat, warum ist dann der Verkauf von Tabakprodukten in Deutschland eigentlich überhaupt noch erlaubt? Könnte es an den rund 14 Milliarden Euro Steuereinnahmen aus der Tabaksteuer liegen? Aber dann würden ja die gesundheitlichen den wirtschaftlichen Fragen hintangestellt und das wäre nach aktueller großkoalitionärer Sprachregelung „zynisch“. Oder ist die deutsche Politik bei diesem Thema etwa selbst zynisch? Nach Ansicht der EU gehört Deutschland [nämlich zu den Staaten](#), die „nicht den politischen Willen haben“, um den Kampf gegen den Tabakkonsum zu forcieren. Wenn Merkel, Scholz und Co. Menschenleben retten wollen ... manchmal sieht man ja bekanntlich den Wald vor lauter Bäumen nicht.

Ähnlich sieht es bei der Fettleibigkeit aus. Die wird für rund 75.000 Todesfälle pro Jahr in

Deutschland [verantwortlich gemacht](#) - hier sterben die meisten Opfer dann an Herz-Kreislauf-Krankheiten, [Tendenz steigend](#). Würde die Politik es mit ihrer rührenden Sorge um die Volksgesundheit ernst nehmen, könnte sie ja beispielsweise damit anfangen, besonders hochkalorische Ernährung für Kinder zu verbieten und Konsumenten mittels einer transparenten Kennzeichnung über die Inhaltsstoffe von Lebensmitteln zu informieren. Das stößt aber bei der Lebensmittelindustrie und ihrem [politischen Arm innerhalb der Regierung, Julia Klöckner](#), auf wenig Gegenliebe. Hat Angela Merkel ihrer Parteifreundin etwa noch nichts von ihrer neu entdeckten Liebe für den Gesundheitsschutz erzählt? Kaum möglich, bei 75.000 Todesfällen pro Jahr müssen die wirtschaftlichen Interessen doch hintanstellen. Oder doch nicht?

Und wo wir schon bei der Weinkönigin Julia Klöckner sind - gleich hinter dem Rauchen und der Fettleibigkeit taucht - sicher gerne in Kombination - der Alkohol gleich an dritter Stelle der Todesursachen auf. Rund 74.000 Menschen sterben Jahr für Jahr an den direkten und indirekten Folgen ihres Alkoholkonsums. Würde man diese Todesfälle so rigoros verhindern wollen wie die Opfer der Coronapandemie, müsste man den Konsum alkoholhaltiger Produkte, angefangen beim Doppelkorn über den fränkischen Bocksbeutel bis hin zur Weinbrandbohne, von heute auf morgen untersagen. Sicher, das wären nicht nur kulturell, sondern auch wirtschaftlich sehr tiefgreifende Maßnahmen, arbeiten doch vom Winzer über den Brauer bis hin zum Einzelhandel und der Gastronomie Millionen Menschen vom Alkohol. An diese Jobs zu erinnern, wäre aber gemäß der Scholz'schen Diktion ebenfalls zynisch. Wahrscheinlich sitzt das „Corona-Kabinett“ daher bereits an einem Gesetzesentwurf, der den Anbau, den Handel und den Konsum alkoholhaltiger Produkte künftig untersagt. Wenn die Volksgesundheit das Nonplusultra sein soll und wirtschaftliche Interessen sich dem unterzuordnen haben, kann es schließlich keine andere Lösung geben. Oder habe ich da was falsch verstanden?

Laut WHO sind die Zivilisationskrankheiten, die aus dem Konsum von Tabak und Alkohol sowie dem Übergewicht resultieren, eine weitaus größere Bedrohung der Volksgesundheit als jede andere der Menschheit bekannte Epidemie. Verglichen mit den Todesziffern, die Tabak-, Alkoholkonsum und Übergewicht auf dem Kerbholz haben, ist Covid-19 in der Tat eine eher kleine Nummer. Da ist es doch zumindest erstaunlich, dass die Politik bereit ist, für Covid-19 das halbe Land wirtschaftlich lahmzulegen, während man die viel größeren Gefahren für die Volksgesundheit lieber ignoriert. Nebenbei: Die aktuelle Zahl der Covid-19-Toten in Deutschland liegt übrigens immer noch deutlich unterhalb der der Todesopfer durch Sturzverletzungen im eigenen Haushalt.

Die Zivilisationskrankheiten sind ja nur die Spitze des Eisberges. Wie steht es eigentlich um die rund 20.000 Todesopfer, die Jahr für Jahr auf die [Kosten von Krankenhauskeimen](#)

gehen? Sicher, wer diese Toten verhindern will, müsste tief in die Tasche greifen und vor allem mehr Personal für die Krankenhäuser fordern; aber da es hier ja um den Gesundheitsschutz und nicht um profane Renditen geht, wird Merkels Kabinett ja ganz sicher schon bald dieses Thema angehen. Alles andere wäre eine große Überraschung.

Und wenn man in Berlin schon dabei ist, kann man gleich ein großes neues Gesetzespaket mit flankierenden Maßnahmen auf den Weg bringen ... Einführung neuer Tempobegrenzungen auf den Autobahnen und Straßen, der Bau sicherer Fahrradwege, strengere Emissions- und Immissionsrichtlinien für Schadstoffe und und und. Wenn wirtschaftliche Interessen bei solchen Abwägungsfragen keine Rolle mehr spielen, dürften dem Gesundheitsschutz ja goldene Zeiten in Aussicht stehen und die „Corona-Pandemie von 2020“ wird als Wendepunkt in die Geschichte eingehen. Glauben Sie nicht? Oder ist das jetzt etwa auch „zynisch“?

Titelbild: Slava Gerj/shutterstock.com

